

Sprache als Schlüssel wozu?

Heute wird Integration als Aufgabe von staatspolitischer Tragweite gesehen. Im Rahmen der Integrationsförderung des Bundes wird der Sprache grosse Bedeutung beigemessen. Was steckt hinter der starken Gewichtung von Sprachkompetenzen? Welche Stärken und Schwächen weist die heutige Praxis auf? Und worauf ist bei der künftigen Ausrichtung der Sprachförderung zu achten?

terra cognita: Peter Bircher reichte 1998 eine Motion zur «Förderung der Sprachkenntnisse» ein. Auf nationaler Ebene verwendet er erstmals eine Metapher, die später zur unhinterfragten Prämisse avanciert: Die Sprache als Schlüssel zur Integration. Der Erwerb von Sprachkenntnissen sei der erste Schritt, damit Ausländerinnen und Ausländer aus dem Randgruppensein herauskämen. Sie könnten ihre Umwelt besser verstehen, leichter mit den Einheimischen in Kontakt treten und das Gesellschaftsleben mitgestalten. Durch den Erwerb der lokalen Sprache könnten Missverständnisse, Ängste und Span-

nungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten abgebaut werden. Bircher verfolgte aber auch sicherheitspolitische Ziele. Die Förderung der Sprachkenntnisse würden dazu beitragen, dass Ausländerinnen und Ausländer durch radikale, politische Gruppierungen, religiöse oder fundamentalistische Bewegungen oder kriminelle Kreise weniger vereinnahmt würden. Die Motion Bircher ist Geschichte. Welche Reaktionen löst sie rückblickend aus?

■ Charles Landert: Es sind zwei Punkte, die mir auffallen. Erstens erstaunt mich der späte Zeitpunkt der Motion. Ich erinnere mich an die grosse Zahl fremdsprachiger Menschen, die in den 1960er Jahren in die Schweiz einwanderten und die Ende der 1970er Jahre Mühe hatten, mit der wirtschaftlichen Situation klar zu kommen. Viele Arbeitslose verfügten nur über geringe Kenntnisse der lokalen Sprache. Politische Forderungen, die Sprachkenntnisse zu fördern, blieben jedoch aus. Dreissig Jahre lang prägte das Reden über das Eigene und das Fremde den gesellschaftlichen Diskurs, ohne dass auf staatlicher Ebene die Förderung lokaler Sprachkenntnisse zum Thema wurde. Als es im Laufe der 1990er Jahre erneut zu einem wirtschaftlichen Einbruch kam, waren die neuen Zuwanderungsgruppen in besonderem Mass betroffen. Zur gleichen Zeit kamen viele vorläufig Aufgenommene aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien in die Schweiz. Erst zu diesem Zeitpunkt taucht auf Bundesebene die Idee auf, die Sprachkenntnisse von Migran-

tinnen und Migranten zu fördern. Doch die Sprache wurde als Allerweltsheilmittel angesehen: Zur Lösung der sozial- und sicherheitspolitischen Probleme braucht man den Zugewanderten lediglich Sprachkenntnisse zu vermitteln.

■ Adrian Linder: Die Vermutung liegt nahe, dass der Zeitpunkt in Zusammenhang steht mit dem Krieg auf dem Balkan. Nicht geklärt ist indes, warum gerade der Erwerb der lokalen Sprache die Probleme lösen soll.

■ Fiammetta Jahreiss: Die Italiener bauten in den 1970er Jahren im Einwanderungsland eigene Strukturen auf. ECAP war eine italienische Schule, die italienischen Arbeitsmigranten half, berufliche Qualifikationen in italienischer Sprache zu erwerben. Im Gegensatz zu den Migrantinnen und Migranten aus dem damaligen Jugoslawien sprachen Italienerinnen und Italiener die lokale Sprache meistens nicht sehr gut.

■ Rosa-Maria Rizzo: Ich kann die Stossrichtung Birchers nachvollziehen. Es ist die Aufgabe der Aufnahmegesellschaft, die Migrantinnen und Migranten willkommen zu heissen und ihnen umgehend die hiesigen Regeln näher zu bringen. Ohne eine gemeinsame Sprache ist Verständigung nicht möglich. Wenn ich an die vielen jungen allein eingereisten Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten denke, bekommen Birchers sicherheitspolitische Bedenken eine neue Brisanz: Ohne frühe Sprach- und Informationsvermittlung steigt das Risiko, dass Zuwandernde von Untergrund-Gruppierungen «abgeholt» werden.

Bircher sagt, die Sprache sei der Schlüssel zur Integration. Diesen Schlüssel muss man erwerben. Erst dann ist Integration möglich. Die Verantwortung liegt auf den Schultern der ausländischen Bevölkerung. Wenn sie sich bemühen, die lokale Sprache zu erlernen, dann schaffen sie die Voraussetzung für ein einvernehmliches Zusammenleben mit der schweizerischen Bevölkerung. Hat sich diese Haltung in den letzten Jahren geändert?

■ Adrian Linder: Nein. Ich denke, Birchers Motion enthält mehr als eine Aufzählung wünschbarer Effekte, die an den Erwerb von Sprachkenntnissen gekoppelt sind. Hier werden die Umrisse einer Ideologie erkennbar. Sie hat sich in den vergangenen Jahren zu einer über die Parteigrenzen hinweg akzeptierten «Erzählung» entwickelt. Kenntnisse einer Landessprache sind Ausdruck der sozialen, besonders aber auch der kulturellen Integration. Bei mir löst Birchers Begründung jedoch insbesondere in Bezug auf die starke Gewichtung sicherheitspolitischer Interessen Unbehagen aus. Erstens sind die wirklich gefährlichen Kräfte in der Regel sprachlich gut integriert. Und zweitens werden die durch den Bund finanzierten Kurse fast ausschliesslich von Frauen besucht. Trotzdem herrscht der Glaube, dass man mit der Förderung der Sprachkenntnisse den genannten Übeln begegnen könne.

■ Rosa-Maria Rizzo: Ich verstehe Birchers Anliegen anders. Für mich gibt es keine Trennung zwischen Sprache und Inhalt. Das inhaltliche Bildungsbedürfnis ist meiner Ansicht nach eng verbunden mit dem Wunsch, sich mitzuteilen und Kontakte zu knüpfen. Menschen, die nicht kommunizieren und teilhaben können, finden sich eher in «Subkulturen» wieder. Es geht hier nicht um die grossen Strategen und Drahtzieher. Die sind in der Tat vielsprachig! Ich denke an die kleinen Leute. Wenn wir ihnen Hand bieten, sich zu integrieren, profitieren letztlich alle.

ECAP wollte in den 1970er Jahren dem Bildungsbedürfnis der italienischen Bevölkerung nachkommen. Sie entwickelte ein breites Weiterbildungsangebot. Durchgeführt wurde der Unterricht aber in der Herkunftssprache. Sprachkurse kamen erst später hinzu.

■ Fiammetta Jahreiss: Für viele Italienerinnen und Italiener wäre es nicht möglich gewesen, sich berufliche Qualifikationen in lokaler Sprache anzueignen. Deshalb wurde ihnen das Fachwissen in der Herkunftssprache vermittelt. Weil durch die so erworbenen Kompetenzen ihre soziale Integration gefördert wurde, hatten sie bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dies zeigt deutlich, dass für die Integration nicht nur die lokale Sprache von Bedeutung ist.

Die Einstellungen und Haltungen haben sich seit den späten neunziger Jahren nicht geändert. Die Motion Bircher ist als Auftakt für eine Entwicklung zu betrachten, die sich auf politischer Ebene beobachten lässt, deren Kern heute auch in zahlreichen Positions- und Grundsatzpapieren enthalten ist. Das Credo lautet: Fördern und Fordern. Man geht davon aus, dass fehlende Sprachkenntnisse die Integration verunmöglichen und dass damit das Risiko steigt, dass Ausländerinnen und Ausländer straffällig werden. Meines Erachtens ist das eine völlig falsche Perspektive.

Migrationspolitisch ging man in den 1970er Jahren vom so genannten Rotationsprinzip aus. Von der Vorstellung also, dass Zuwandernde nach einigen Jahren wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Auch die Migrantinnen und Migranten selbst sahen ihren Aufenthalt in der Schweiz als zeitlich begrenzt. Angebote, die ihre Bildungsbedürfnisse in der Herkunftssprache abdeckten, waren gefragt. Das erworbene Wissen war ein Kapital, das sie mitnehmen konnten. Nicht ohne Grund forderte die ECAP damals die Anerkennung der erworbenen Schul- und Berufsabschlüsse im Herkunftsland. Die Vermittlung der lokalen Sprache war in jenen Jahren weder für den Staat noch für die Zugewanderten ein prioritäres Ziel. In den 1990er Jahren lässt sich diesbezüglich ein Wandel feststellen. Im Bericht zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik erklärt der Bundesrat, die Integration von Ausländerinnen und Ausländern künftig in stärkerem



■ *Véronique Murk*

D i e S c h w e i z i s t n i c h t v i e r s p r



Masse fördern zu wollen. Die Anstrengungen müssten über die soziale und fürsorgliche Ebene hinaus gehen; ihnen komme eine staatspolitische Dimension zu. Ab dem Jahr 2000 stellte der Bund finanzielle Mittel zur Verfügung. Von Beginn weg war die Sprachförderung der wichtigste Schwerpunkt. Doch welche Konzepte lagen ihr zugrunde?

■ Adrian Linder: Die Sprachförderung basierte zu keinem Zeitpunkt auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Meines Wissens gibt es weder wissenschaftlich erhärtete Fakten zur Bedeutung von lokalsprachlichen Kenntnissen bei der sozialen Integration noch Studien zur Wirkung von Sprachkursen. Für das Gewicht, das der Sprache im Integrationsprozess beigemessen wird, gibt es meines Erachtens zwei Gründe. Erstens ist «die Sprache» (gemeint ist: Lokal- oder Nationalsprache) der einzige politische Konsens im Reden über Integration. Dieser basiert auf der Unschärfe des Konzepts. Die Rolle der Sprache zu hinterfragen, würde den Konsens gefährden. Dies führt mich zum zweiten Grund. Er besteht im Glauben, dass man mit der Sprache einen quantitativen Integrationsindikator in der Hand habe, mit dem sich der Grad der Integration auf einer Skala von A1 bis C2 messen lasse. Migrantinnen und Migranten, welche die klar definierten Anforderungen erfüllen, verfügen über den Schlüssel, der ihnen die Tür zum Paradies öffnet. Die Vermutung, dass es sich dabei letztlich um eine Frage des Migrationsmanagements handelt, lässt sich nicht von der Hand weisen.

Zwischen dem ersten und dem zweiten Schwerpunktprogramm des Bundes lässt sich eine Verschiebung feststellen. Im ersten Schwerpunktprogramm, in welchem es vordergründig noch um Kommunikation ging, stand die Belohnung im Vordergrund. Man wollte sich bei ausländischen Organisationen, die sich auf freiwilliger Basis seit vielen Jahren für die Integration einsetzten, erkenntlich zeigen. Allerdings konnte man keine Strukturbeiträge ausrichten: Trägerschaften wurden deshalb ermuntert, konkrete Aktivitäten anzubieten. Von Beginn weg war im Bereich der Sprachförderung eine Fixierung auf das Lernen, auf das Beheben von Defiziten festzustellen. Sprachkurse hatten grosse Chancen, finanziell unterstützt zu werden. Viele Trägerschaften begannen, solche Kurse anzubieten. Durchgeführt wurden die Anlässe oftmals von Lehrkräften, die auch für das

Berichtswesen und für die Finanzen zuständig waren. Das zweite Schwerpunktprogramm führte zu einer Kehrtwende. Es sollten nur noch «professionelle» Anbieter subventioniert werden. Es ging nicht darum, die Trägerschaften mit dem nötigen Know-how auszurüsten, sondern jene Institutionen zu berücksichtigen, die bereits darüber verfügten.

Die Sprachförderung ist gegenwärtig Gegenstand einer Evaluation. Welche praktischen Konsequenzen hat die konzeptuelle Verschiebung, von der Adrian Linder gerade gesprochen hat?

■ Charles Landert: Die Evaluation zeigt, dass im Bereich der Sprachförderung zwei Systeme aufeinander treffen: auf der einen Seite ein bürokratisches System, auf der andern Seite die Praxis, welche die Ziele der Verwaltung umsetzt. An der Nahtstelle zwischen diesen beiden Systemen stellen wir ein Optimierungspotenzial fest. Einerseits täte das System der Verwaltung gut daran, die Wünsche an die Praxis bescheidener, dafür aber präziser zu formulieren. Andererseits stünde es dem System der Praxis gut an, wenn es gegenüber der Verwaltung selbstbewusster ins Feld führen würde, auf welchen Erfahrungen die Anbieter ihre Kurse aufbauen.

Was heisst das konkret? Welches sind die Stärken und Schwächen des Sprachförderungsprogramms des Bundes?

■ Martina Brägger: Die Stärken treten beim Besuch der Trägerschaften zutage. Am Werk sind engagierte Leute, die etwas erreichen wollen. Sie sind gut ausgebildet und verfügen über die nötigen sozialen Kompetenzen. Die Qualität der Angebote ist ihnen ein Anliegen. Die Zielgruppen bestehen aus Personen, die aus verschiedenen Gründen in anderen Kursen nicht mithalten können. Beispielsweise weil die Klassen zu gross sind, weil anderswo nicht auf ihre individuellen Bedürfnisse eingegangen wird oder das Lerntempo zu schnell ist. In den vom Bund finanzierten

a c h i g , s o n d e r n v i e l s p r a c h i g .



Kursen fühlen sie sich akzeptiert und gefördert. Schwierigkeiten bereitet den Trägerschaften der administrative Aufwand. Um in den Genuss von Subventionen zu kommen, sind zahlreiche Formalitäten zu erledigen. Die personellen Ressourcen, die hierzu nötig sind, fehlen dann für andere Dinge. Aber selbst wenn die Vorgaben des Bundes erfüllt sind, kann es sein, dass die Lernziele nicht erreicht werden, beispielsweise weil die Voraussetzungen der Teilnehmenden zu heterogen sind. Hier geht es darum, die Qualität der Kurse oder die Instrumente zu optimieren. Um die Kernprobleme zu lösen, müsste das Angebot bekannter gemacht werden, so dass sich eine Aufteilung der Kurse auf verschiedene Niveaus lohnte.

■ Adrian Linder: Diese Kritik des administrativen Aufwands wurde mir gegenüber von verschiedenen Trägerschaften geäußert. Die erste Prioritätenordnung vermittelte vielen von ihnen das Gefühl, Anspruch auf Unterstützung zu haben. In der zweiten Prioritätenordnung ging es bei der Sprachförderung nicht mehr darum, die Trägerschaften zu «belohnen» und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln. Unterstützen wollte man nur noch Trägerschaften, die bereits über qualitativ ausreichende Angebote verfügen. Die Haltung des Bundes entspricht jener des Bauherrn, der eine Firma mit dem Bau eines Hauses beauftragt. Er will vom Bauführer nicht hundert Erklärungen hören, warum das Dach rinnt. Er will in das bestellte Haus zum vereinbarten Termin einziehen können. Wenn Trägerschaften die erwartete Leistung nicht erbringen konnten, dann «kaufte» der Bund diese eben dort ein, wo die Qualität zu stimmen schien.

■ Charles Landert: Der Wandel, der mit der zweiten Prioritätenordnung eingeleitet wurde, zog nicht in Betracht, wie viel Zeit es braucht, um ein System mit niederschweligen Kursen aufzubauen. Drei Jahre sind hierzu zu knapp bemessen.

Was bedeutet Sprachförderung in der Praxis?

■ Fiammetta Jahreiss: Sprachförderung umfasst mehr als die Förderung von Sprachkenntnissen, mehr als Grammatik und Wortschatz. Sie umfasst Fragen des Ausländerrechts, der Gleichstellung, der Interkulturalität. Die Lehrkräfte müssen dieses Wissen im Hinterkopf haben, selbst wenn es im Unterricht selbst nicht thematisiert wird.

■ Adrian Linder: Mit diesem ganzheitlichen Ansatz läuft die Praxis Gefahr, ein völlig überladenes Berufsbild zu schaffen. Der Kanton Zürich geht hier zum Beispiel einen anderen Weg: «Ein Sprachkurs ist ein Sprachkurs.» Der Unterricht ist nicht der Ort, wo engagierte Feministinnen arme Kosovarinnen vor ihren gewalttätigen Männern bewahren. Aufgabe der Lehrkräfte ist es, Sprachkenntnisse zu vermitteln. Ausländerinnen und Ausländer wollen in den Kursen Deutsch lernen. Wenn es den Lehrkräften gelingt, sie dabei zu unterstützen, dann ist viel erreicht. Diskurse, in denen Fremdsprachige mittels Sprachkursen aus einer behaupteten «Sprachlosigkeit» herausgeführt werden sollen, sind mir unheimlich. Selbst wenn Zugewanderte die lokale Sprache nicht sprechen, sind sie deshalb noch lange nicht stumm! Interlinguistische Ziele werden in den regionalen Sprachförderungskonzepten selten gesteckt. Auch die Validierung bereits vorhandener Sprachkompetenzen ist meistens kein Thema.

Gegenwärtig erleben wir eine Verschiebung im politischen Diskurs. Während bei Bircher die Sprachkenntnisse gefördert werden sollten, steht heute vermehrt die Forderung im Mittelpunkt. Mit dem neuen Ausländergesetz avancierten die Sprachkenntnisse zum zentralen Indikator für die behördliche Beurteilung der Integration. Welche praktischen Konsequenzen sind damit verbunden?

■ Fiammetta Jahreiss: ECAP hat sich an die neuen Gegebenheiten angepasst. Unsere Kurse entsprechen den Vorgaben des europäischen Referenzrahmens (GER). Wir haben uns zertifizieren lassen und können nun auch Prüfungen abnehmen. Die Folge davon ist, dass die Sprachkurse heute strukturierter und stärker auf die Erreichung der Ziele ausgerichtet sind. Neben diesen positiven Aspekten gibt es auch negative Folgen. Im Zentrum steht heute die Erbringung einer Leistung und nicht das

Le plurilinguisme est un a





tout pour le travail.



Martina Brägger arbeitet im Büro Landert Farago und Partner in Zürich und ist an der Teilevaluation des Sprachförderungsprogramms des Bundes beteiligt. Im Rahmen des Nachdiplomstudiums Evaluation an der Koordinationsstelle für Weiterbildung der Universität Bern untersucht sie, welche integrativen Schritte die Sprachkurse auszulösen vermögen.

Fiammetta Jahreiss leitet ECAP Zürich. Die Stiftung setzt sich zum Ziel, die berufliche und soziale Integration von fremdsprachigen Personen in der Schweiz zu fördern. Sie ist SP-Gemeinderätin der Stadt Zürich und Mitglied der Vereinigung Second@s plus.

Charles Landert vom Büro Landert Farago und Partner in Zürich forscht und berät im Auftrag von Behörden private Organisationen. Er ist Projektleiter der Teilevaluation des Sprachförderungsschwerpunkts des Bundes.

Adrian Linder koordiniert die Sprachförderung im Rahmen des Integrationsförderungsprogramms des Bundes.

Rosa-Maria Rizzo ist Co-Geschäftsleiterin der machBar Bildungs-GmbH in Aarau. Dieses Unternehmen bietet Sprach- und Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten in den Kantonen Aargau, Solothurn und Zürich an. Im Zentrum steht die Förderung der Deutschkenntnisse und der Transfer dieser Kenntnisse in den alltäglichen Gebrauch.

Pascale Steiner leitete das Gespräch.

Eingehen auf individuelle Bedürfnisse. Die Prüfungsstatistiken zeigen jedoch, dass die damit verbundenen Hürden in der Regel überwindbar sind. Es ist ja auch im Interesse der Kursteilnehmenden, wenn sie ein bestimmtes Niveau ausweisen können.

Was bedeutet es für die Kursteilnehmenden konkret, die Stufe A1 oder A2 vorweisen zu können?

■ Fiammetta Jahreiss: Um nur zwei Beispiele zu nennen: Für die vorzeitige Erteilung der Niederlassungsbewilligung prüft das Migrationsamt des Kantons Zürich den Integrationsgrad und verlangt beispielsweise von Personen, die ihre B-Bewilligung bereits nach fünf Jahren in eine C-Bewilligung umwandeln möchten, dass sie sprachlich mindestens das Niveau A2 nach GER ausweisen können. Für die Erteilung der Bewilligung als Taxifahrer wird in der Stadt Zürich das Niveau B1 verlangt. Ein bürokratisches System, das solche Bescheinigungen verlangt, schafft einen Bedarf, auf welchen die Anbietenden reagieren müssen, wir bewegen uns ja auf dem freien Markt.

■ Rosa-Maria Rizzo: Ich finde die Verschiebung vom Fördern zum «Fördern und Fordern» an sich positiv. Als heikel empfinde ich, dass z.B. für eine vorzeitige Niederlassungsbewilligung nicht überall das gleiche Niveau gefordert wird. Es fehlen sprachregionale Rahmenkonzepte!

■ Charles Landert: Diese Verschiebung führt dazu, dass Anbieter von standardisierten Tests auf den Plan treten, die sich der Tragweite ihres Tuns nicht bewusst zu sein scheinen. Sie vermitteln Behörden und Verwaltung das Gefühl, «objektiv» zu entscheiden und somit «gerecht» zu handeln. Tatsächlich fördern sie das föderalistische Durcheinander und vernebeln die Komplexität von Integration.

Es ist sicher wichtig, den Risiken standardisierter Sprachtests mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Gibt es andere Faktoren, auf die bei der künftigen Ausrichtung der Sprachförderung geachtet werden sollte?

■ Fiammetta Jahreiss: Persönlich finde ich, dass Rechte nicht an Sprachkenntnisse gekoppelt werden sollten. Integration ist ein sehr komplexer Prozess; er kann nicht verordnet werden. Zudem ist Integration nicht mit der Aneignung von Sprachkenntnissen gleichzusetzen. Ich stelle mir die Frage, wem dies zugute kommt. Wenn der Staat die Meinung vertritt, dass der Erwerb von lokalsprachlichen Kompetenzen der gesamten Gesellschaft zugute kommt, dann soll er dafür sorgen, dass diese auch gefördert werden. Zwar wird insbesondere von Zuwandernden aus so genannten Drittstaaten immer mehr verlangt, mehr Rechte erhalten sie jedoch nicht. Die gleichen Kreise, die von Ausländerinnen und Ausländern lokale Sprachkenntnisse fordern, haben die erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen verhindert, die in der Schweiz geboren sind und hier die Schule besucht haben.

■ Rosa-Maria Rizzo: Wenn es stimmt, dass die Niveau-Anforderungen eine Art Camouflage sind, hinter der die wahren Beweggründe verborgen bleiben, dann würde ich mich als Vertreterin aus der Praxis wirklich nicht ernst genommen fühlen. Wir von «machBar» versuchen den Anforderungen der Verwaltung gerecht zu werden. Wer in verschiedenen Kantonen tätig ist, sieht sich mit unterschiedlichen Anforderungen konfrontiert, und es ist nicht klar, welche Sprachkenntnisse für welche Rechte erforderlich sind. Deshalb mein Appell: Angesichts der aktuellen Unübersichtlichkeit fände ich es fatal, wenn der Bund die Sprachförderung einfach den Kantonen überliesse. Viele wären mit der aktuellen Situation überfordert. Der Bund soll seine Verantwortung weiterhin wahrnehmen und die seit 2001 eingeleiteten Bemühungen in den verschiedenen Kantonen und Sprachregionen angemessen koordinieren. Eine Harmonisierung der Praxen tut not.

■ Martina Brägger: Jährlich kommen rund 10 000 Zugewanderte in den Genuss von Sprachkursen, die vom Bund mitfinanziert werden. Mit dem neuen Ausländergesetz wird eine Reihe von Vorteilen an das Vorhandensein von Sprachkenntnissen geknüpft. Damit wird sich auch die Nachfrage im Bereich der Sprachkurse vergrössern. Wenn man neben dem Fordern auch das Fördern ernst nehmen möchte, dann müsste das Angebot massiv ausgebaut werden. Dies wäre jedoch mit hohen Kosten verbunden. Ob sich dieser Aufwand lohnt, ist unklar, nicht zuletzt deshalb, weil nicht klar ist, ob mit den Sprachkursen das erreicht wird, was man erreichen will.

■ Adrian Linder: Das ist der springende Punkt. Ich vermute, dass es bei der Sprachförderung nicht primär um Bildung, sondern auch um neue Grenzziehungsprozesse geht. Im Hinblick auf die künftige Ausrichtung der Sprachförderung des Bundes stellen sich mir zwei Fragen. Erstens die Frage der Zuständigkeit: Es leuchtet mir nicht ein, warum die Sprachförderung in der Zuständigkeit des Bundesamts für Migration liegt. Schliesslich geht es hier nicht um Migrations-, sondern um Bildungspolitik. Die Sprachförderung sollte kohärenter mit der nationalen Sprachenpolitik – die leider gegenwärtig ziemlich blockiert ist – verknüpft werden. Zweitens fällt auf, dass man weit herum die unzureichenden Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten beklagt und mit teuren Programmen zu bekämpfen versucht, während gleichzeitig die verbreitete Mehrsprachigkeit der Zuwanderer wenig Beachtung findet. Wir täten gut daran, den sprachlichen Reichtum ernster zu nehmen. Man denke nur an das kommunikative Potenzial der Englischkenntnisse...

Herzlichen Dank an alle für das Gespräch.

La langue en tant que clé...de quoi?

Aujourd'hui, l'intégration est considérée comme étant une tâche avec une portée de politique d'Etat. On accorde une grande importance à la langue dans le cadre de l'encouragement de l'intégration par la Confédération. Mais qu'y a-t-il au juste derrière l'importance des compétences linguistiques? Quelles sont les forces et les faiblesses de la pratique actuelle? Et à quoi faudra-t-il veiller dans la future orientation de l'encouragement des connaissances linguistiques? terra cognita a enquêté auprès de spécialistes de l'encouragement linguistique. Il en a émergé que le lien entre les avantages en matière de droit des étrangers et les connaissances linguistiques spécifiques crée un nouveau marché (de cours de langue) dans lequel de nombreux prestataires de cours souhaitent se profiler. Selon les participants au colloque de terra cognita, le fait que le niveau linguistique exigé varie d'un canton à l'autre constitue un inconvénient. De l'avis des prestataires de cours, le programme de l'encouragement des connaissances linguistiques de la Confédération devrait mieux tenir compte du fait que l'édification d'une offre de cours de base nécessite beaucoup de temps. D'autre part, une mise en garde a été lancée: il ne faut pas trop attendre des cours de langue, si ce n'est la transmission de connaissances linguistiques. Le nouveau concept intitulé «encourager et exiger» n'a pas fait l'unanimité parmi les personnes interrogées.